

ein Behälter als undicht und wies Druckverluste auf. Erst zwei Tage später um 15 Uhr konnte deshalb die 1.500 Kilometer weite Transportfahrt beginnen. Wie in der Juli-Ausgabe des Strahlentelex ausführlich berichtet, lagerten die Brennstäbe der „Otto Hahn“ seit 30 Jahren auf dem Gelände der GKSS bei Hamburg. Im Kernforschungszentrum Cadarache sollen sie nun zusammen mit Brennstoff aus dem früheren Reaktor des Kernforschungszentrums Karlsruhe in Castor-Behälter verpackt und dann schließlich ins Zwischenlager Nord in Lubmin bei Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern gebracht werden.

Ihre Atommülltransporte führt die GKSS offenbar regelmäßig ohne weitere Absicherungen durch. In der Nacht zum 10. August 2010 stoppten Umweltaktivisten kurzzeitig einen Transport mit 45 Brennelementen aus dem Forschungsreaktor FRG-1, den die GKSS am 28. Juni 2010 außer Betrieb genommen hatte. Die Aktivität der Brennelemente wurde mit 1.620.000 Terabecquerel angegeben. Ziel der nächtlichen Atomfahrt war Bremerhaven. Dort wurden die ausgemusterten Brennelemente auf das Spezialschiff „Atlantic Osprey“ verladen, mit Ziel Charleston an der Ostküste des US-Bundesstaates South Carolina. An Bord des Schiffes war bereits Atommüll aus der Schweiz. In South Carolina sollen die Brennelemente wieder aufbereitet werden.

„Das ist eine Tour, wie sie immer mit unseren abgebrannten Brennelementen läuft“, erklärte GKSS-Sprecher Torsten Fischer am 10. August 2010 gegenüber der Lauenburgischen Landeszeitung. Aus Sicherheitsgründen halte man den genauen Transporttermin geheim, der jedoch ohne jeden Wachschatz stattfindet. Wolfgang Rath von der Lauenburgischen Landeszeitung kommentiert das so:

„Unzählige ‚schmutzige Bomben‘ ließen sich aus den 45 Brennelementen bauen. (...) Jeder Lastwagen, der nur wenige Zentimeter zu breit oder zu lang ist oder etwas zu viel wiegt, darf nur mit Polizeieskorte auf deutsche Straßen. Hoch radioaktiver Müll wird dagegen einfach so durch die Lande kutschert. Der Um-

Atopolitik

Erst Hennenhöfer, jetzt auch noch Thomauske

Atomfilz beim Endlager Gorleben. Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: „Röttgen will Gorleben durchboxen“

Mit großer Empörung reagierte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) auf die Entscheidung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), Dr. Bruno Thomauske an einer „Eignungsprognose“ für das geplante Endlager Gorleben mitwirken zu lassen. Finanziert wird diese „Eignungsprognose“ vom Bundesumweltministerium.

„Der Filz erreicht unter Bundesumweltminister Norbert Röttgen eine neue Qualität“, kommentiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke die Personalentscheidung. Thomauske wechselte einst vom Bundesamt für Strahlenschutz (BFS) zum Atomstromkonzern Vattenfall. Dort war er Geschäftsführer der Atomsparte im Vattenfall-Konzern, als in dessen Reaktor Krümmel bei Hamburg ein Transformatorenbrand ausbrach und einen gefährlichen Zwischenfall verursachte. Nach massiven Vorwürfen wurde Thomauske deshalb von seiner Funktion entbunden. Zur Zeit hat er einen Lehrstuhl an der Technischen Hochschule Aachen, der vom Energiekonzern RWE gesponsert wird.

Unter Minister Norbert Röttgen (CDU) leitet zudem Gerald Hennenhöfer die Abtei-

lung für Reaktorsicherheit des Umweltministeriums. Hennenhöfer war früher für den Stromkonzern Viag tätig, einen Vorgänger von Eon, und setzt sich jetzt nicht nur für die Weiterführung der Arbeiten in Gorleben, sondern auch für eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ein.

Bruno Thomauske forderte beispielsweise bei der Inbetriebnahme des neuen Atommüllzwischenlagers am AKW Brunsbüttel, die Erkundungen im Gorlebener Salzstock sollten wieder zügig fortgesetzt und das Genehmigungsverfahren zum Abschluß gebracht werden (www.castor.de/presse/ejz/2006/februar/09b.html).

BI-Sprecher Ehmke erinnert: Thomauske sei nicht nur voreingenommen, er sei ein Atom-Lobbyist. Floskeln wie Transparenz, Ergebnisoffenheit und Bürgerbeteiligung würden durch derartige Personalentscheidungen sowie durch die Absicht, ab 1. Oktober 2010 im Salzstock Gorleben die Bauarbeiten wieder aufnehmen zu lassen, konterkariert. „Unsere Einschätzung, wie wir die Einbindung von Atom- und Gorleben-Befürwortern bewerten, schwankt zwischen scham- und skrupellos“, sagte Ehmke. Rött-

gen, so werde klar, wolle auf jeden Fall Gorleben durchboxen. „Von Unvoreingenommenheit und Neutralität keine Spur.“

Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament und Mitbegründerin der Bürgerinitiative gegen das atomare Endlager Gorleben, wirft Bundesumweltminister Röttgen vor, mehr und mehr direkten Einfluß für ehemalige Mitarbeiter und Lobbyisten der Atomindustrie zu schaffen: „Die Idee, Bruno Thomauske mit der Erstellung des Sicherheitsberichtes zum Endlager Gorleben zu beauftragen, stinkt zum Himmel. Bruno Thomauske gilt nicht nur als schamloser Seitenwechsler, der wegen der atomkritischen Haltung der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung seine Position im Bundesamt für Strahlenschutz aufgegeben hat, um direkt für die Atomindustrie zu arbeiten. Auch in seiner Position als Chef der Atomsparte von Vattenfall konnte er sich nicht lange halten. Schon vor dem Ende seiner Kurz-Karriere bei Vattenfall wurde über Inkompetenz gemunkelt. Entscheidend für seinen Rauswurf bei Vattenfall war seine Rolle während der schweren Störfälle in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel. Bruno Thomauske glänzte selbst während des Feuers in Krümmel durch das Herunterspielen der Ereignisse. Ungenügende Informationen und eine Vorliebe für Intransparenz kennzeichneten die Methode Thomauskes.“

Für die Bürgerinnen und Bürger rund um das geplante Endlager Gorleben ist seine Berufung eine unerträgliche Provokation, meint Frau Harms. Im Kontext mit der Entscheidung, Herrn Hennenhöfer mit der Leitung der Abteilung Reaktoraufsicht zu betrauen, sei die Personalpolitik von Norbert Röttgen reif für eine Überprüfung durch LobbyControl. Hennenhöfer

und Thomauske sei nicht allein vorzuwerfen, daß sie fanatische Anhänger der Atomkraft sind. Beide hätten auch gemeinsam, daß ihnen eine unabhängige Tätigkeit in Atomfragen für das Bundesumweltministerium nicht zuzutrauen ist.

Bruno Thomauskas Karriere begann 1983 beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Dort war er zunächst im Bereich des Strahlenschutzes auf dem Gebiet der Endlagerung radioaktiver Abfälle tätig. 1988 wurde er beim BfS Leiter des Projektes Gorleben. Von 1991 bis 1997 leitete er die Abteilung Projektmanagement für Endlagerprojekte und ab 1999 die Abteilung Endlagerprojekte/Betrieb. Nachdem Bruno Thomauske beim BfS sieben neue dezentrale Atommüllzwischenlager an AKW-Standorten genehmigt hatte, wechselte er im Jahre 2003 zum Atomstromkonzern Vattenfall. ●

Umweltradioaktivität

Weißrussland will den durch Tschernobyl verseuchten Boden landwirtschaftlich nutzen

Weißrussland will die Flächen landwirtschaftlich nutzen, die durch den radioaktiven Fallout nach der Havarie des Tschernobyl-Atomkraftwerkes im Jahre 1986 verseucht wurden. Das geht aus einem Programm zur Liquidierung der Folgen der Tschernobyl-Havarie bis zum Jahr 2020 hervor, das die weißrussische Regierung am 22. Juli 2010 auf ihrer Webseite veröffentlichte.

Der weißrussische Minister für außerordentliche Situationen Enver Baryjev führte bei

der Begründung des Regierungsprogrammes an, daß außer den traditionellen Maßnahmen, wie der Strahlenkontrolle und Beobachtung des Gesundheitsstandes der Bewohner, die Regierung auch eine „spontane soziale und wirtschaftliche Entwicklung“ des betroffenen Gebietes vor-

Atompolitik

Iranischer Reaktor Buschehr offiziell in Betrieb genommen

Nach 35 Jahren Bauzeit begannen in der iranischen Hafenstadt Buschehr am Persischen Golf am 21. August 2010 russische und iranische Techniker die ersten von insgesamt 163 Brennstäben in den dortigen Reaktor einzusetzen. Bis zum 5. September 2010 soll das Beladen des Leichtwasserreaktors abgeschlossen werden, der dann im November 2010 ans Netz gehen und bis März 2011 seine Maximalleistung von 1.000 Megawatt erreichen soll. Der deutsche Siemens-Konzern hatte den Bau des Atomkraftwerks bereits während der Herrschaft des 1979 gestürzten Schahs begonnen. Von 1980 bis 1988, während des Krieges zwischen Iran und Irak, ruhten dann die Bauarbeiten und der Westen verweigerte wegen der islamischen Revolution die weitere Zusammenarbeit. 1994 einigte sich Teheran schließlich mit Rußland auf eine Wiederaufnahme des Projekts. Rußland übernimmt für die nächsten 10 Jahre die Lieferung und Entsorgung des atomaren Brennstoffs.

Kritiker werfen Teheran vor, das Spaltmaterial auch zu militärischen Zwecken nutzen zu wollen. An der Eröffnungsfeier nahmen der Chef der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, und der Leiter des russischen Atomkonzerns Rosatom, Kirijenko, teil. Beide wiesen den Ver-

aussetze. Laut Baryjev hofft man auf die Einführung spezieller agrotechnischer Technologien, die die Ansammlung radioaktiver Elemente verringern und auf radioaktiv belasteten Böden eine relativ saubere Nahrungsmittelproduktion ermöglichen sollen. ●

dacht, die Technologie auch für militärische Zwecke zu nutzen, zurück. Ohne Rußland direkt zu kritisieren, nannte es das israelische Außenministerium „völlig inakzeptabel“, daß Iran, der offen internationale Vereinbarungen verletze, nun auch von Atomenergie profitiere. Die amerikanische Regierung wertete die Inbetriebnahme des iranischen Atomkraftwerks trotz der Kritik an Teherans Nuklearprogramm und an der russischen Atomkooperation dagegen nicht als Risiko für die Weitergabe waffenfähigen Spaltmaterials. Unterdessen enthüllte der iranische Präsident Mahmud Ahmadineschad feierlich den Prototyp eines unbemannten Langstreckenbombers. Sein Land müsse die Fähigkeit zu Präventivschlägen verbessern, sagte Ahmadineschad. Die vier Meter lange Drohne soll einer Meldung der Nachrichtenagentur Fars vom 22. August 2010 zufolge mit einer „größeren Menge Sprengstoff“ bewaffnet werden und ihr Ziel in bis zu 1.000 Kilometern Entfernung ansteuern können.

Im März 2011 will Teheran mit dem Bau einer dritten Anlage zur Urananreicherung beginnen. Das kündigte der iranische Atomchef Salehi dem Staatsfernsehen zufolge am 16. August 2010 an. Bisher hat der Iran eine solche Anlage in Natans in Betrieb und eine zweite Anlage wird

derzeit innerhalb eines Berges südlich von Teheran gebaut. Die iranische Führung hatte mehrfach geäußert, Atomanlagen künftig nur noch an Orten zu bauen, die vor amerikanischen und israelischen Luftangriffen sicher seien. Nachdem die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) Iran wegen dieser zweiten Anlage rügte, verkündete Irans Präsident Ahmadineschad im Dezember 2009 den Bau von insgesamt zehn Anreicherungsanlagen.

Salehi erklärte, die dritte Anlage solle die Leistungsfähigkeit der Einrichtung in Natans erreichen. Dort sei Platz für 50.000 Zentrifugen, heißt es. Nach Angaben der IAEA sollen jedoch erst circa 8.500 installiert sein und bisher etwa 2.500 Kilogramm Uran mit einem niedrigen Anreicherungsgrad von 3,5 Prozent erzeugt worden sein. Seit Februar 2010 läßt die iranische Führung in Natans Uran auch auf 20 Prozent anreichern und gibt damit Befürchtungen Nahrung, dem Bau von Atombomben näher zu kommen. ●

Atomwirtschaft

Rußlands erstes schwimmendes Atomkraftwerk vom Stapel gelassen

Am 5. Juli 2010 wurde in der St. Petersburger Werft „Baltische Fabrik“ das weltweit erste schwimmende Atomkraftwerk vom Stapel gelassen. An der Zeremonie nahmen der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti zufolge der Chef der Föderalen Agentur für Atomenergie „Rosatom“, Sergej Kirijenko, die Gouverneu-